

## Und sie wissen nicht, was sie tun

Nachdem die AfD nun mittlerweile die 20% überschritten hat, sehen die etablierten Parteien allmählich ihre Felle davonschwimmen. Jetzt werden auf allen Ebenen sämtliche Register gezogen, die AfD zu schmähen, ihr Volksfeindlichkeit, Demokratieverrat, Rechtsextremismus und was auch immer vorzuhalten. Ich will sie nicht schön reden, denn es gibt wahrlich Dinge in dieser Partei, die niemand gutheißen kann. So ist zum Beispiel völlig realitätsfremd, Deutschlands Austritt aus der EU zu fordern und, mehr noch, auf die Auflösung der EU zu setzen, oder auch über die Abschaffung des Euro und die Wiedereinführung der D-Mark zu orakeln. Aber solchen weltfremden Parolen mit immer lauterer Beschimpfung der AfD begegnen zu wollen, ist ein Angriff am falschen Ende. Die etablierten Parteien haben noch immer nicht begriffen, daß ihre gegenwärtige Politik so widersinnig geworden ist, daß sie auf gar keinen Fall mehr fortgesetzt werden kann. In fast allen Lebensbereichen ist ein untragbarer Zustand herbeigeführt worden, der von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert wird. Die Menschen wehren sich dagegen, permanent belogen, betrogen, bevormundet und hintergangen zu werden. Ich hatte einiges davon schon am 14.06.2023 an dieser Stelle genannt:

„Die Parteien der Regierung arbeiten kraftvoll und konsequent gegen das Volk. Der Wille der Bevölkerungsmehrheit wird mit den meisten Entscheidungen kalt abgeschmettert. Beispiele gibt es in großer Zahl: Die Diesel-PKW-Abschaffung, das Heizungsdebakel, der Atomausstieg, die Energiepolitik, die Flüchtlingspolitik, die Asylpolitik, die Umweltpolitik, die Klimapolitik, die Gesundheitspolitik, das Genderdeutsch, die Rechtschreibreformen und viele andere. Die aktuell betriebene Politik in allen diesen Bereichen ist unübersehbar von Unfähigkeit, Inkonsequenz, Korruption und ausufernder Vetternwirtschaft gekennzeichnet. Von all diesem nichtvertretbaren Gebaren wenden sich die Menschen mit wachsender Mehrheit ab.“

Die beschriebene Handlungsweise ist gegen den Artikel 20, Absatz (2), des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Die Ursachen dieser immensen Zahl an Fehlleistungen sind erklärbar mit der völligen Unfähigkeit der Regierenden, zu erkennen, daß mit dem allgemeinen und umfassend ausufernden Antiautoritarismus, in dem kritiklos alles gemacht wird, was irgendwelche Minderheiten irgendwo verlangen, keine demokratische Ordnung mehr besteht und das Land mit überspitzen ideologischen Manipulierungen der Bevölkerung in den Ruin geführt wird. Solange in dieser Frage keine Einsichten reifen, die zu grundsätzlichen Veränderungen und zur Neuaufstellung der politischen Arbeitsweise der Staatsorgane führen, wird die Bevölkerung vieles auf sich nehmen, um diesen Wandel zu erzwingen, auch die AfD. Selbst wenn wichtige Maximen in dieser Partei falsch sind, wird der Zuspruch zu ihr weiter ansteigen. Jeder Mensch mit normalem Denkvermögen erkennt eindeutig, wenn die etablierten Parteien wie bisher wiedergewählt werden, wird sich nichts ändern. Die Regierenden werden weiter die Volksmeinung ignorieren, sie werden weiter gegen das Volk arbeiten, sie werden weiter schädlichen Minderheitsansichten zum Durchbruch verhelfen, und sie werden weiter unser Land beschleunigt in den Ruin führen. Zugegeben, die AfD ist keine ideale Lösung, aber die etablierten Parteien sind gar keine Lösung. Ihre Abwahl ist das einzige Mittel, die verschlissene Politik und die Demontage der demokratischen Grundlagen in unserem Lande zu beenden. Und außerdem erkennt auch jeder Mensch mit steigender Deutlichkeit, daß zur Zeit für solche Veränderungen in den etablierten Parteien keinerlei Ansätze vorhanden sind. Sie leben nach wie vor

in der Illusion, daß sie ihre Wiederwahl sichern könnten, wenn sie nur ausreichend massiv verbal, auch mit Fälschungen, Verdrehungen und Lügen, gegen die Partei zu Felde ziehen, mit der sie weder reden noch zusammenarbeiten wollen. Auch die verfassungsrechtliche Beobachtung der AfD ist zwielichtig, weil man dann in logischer Konsequenz auch Regierungsparteien verfassungsrechtlich beobachten müßte, die unablässig den Bevölkerungswillen ignorieren. Davon aber ist keine Rede.

Und genau das alles zusammengenommen funktioniert nicht mehr. Deshalb kann man nur allen in der Regierung und in der Opposition befindlichen Parteien empfehlen, die Grundsätze ihres gesellschaftspolitischen Wirkens zu überdenken und sich in ihrem Handeln auf die Wiederherstellung der demokratischen Prinzipien zu konzentrieren.